

Protokoll:

Herr Grings (Kämmerei- und Steueramt) trägt dem Haupt- und Finanzausschuss kurzfristig eingegangene Änderungen vor. Auf eine konsumtive Nachtragshaushaltssatzung habe man verzichtet, da sich erst ab dem Stellenplan des nächsten Jahres wesentliche Änderungen befinden werden.

Zusätzlich gibt er bekannt, dass man in der letzten Woche ein Rückforderungsbescheid in Höhe von 1,33 Mio. der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, im Rahmen von Vergabeverstößen der BUGA 2011, erhalten habe. Die Summe möchte man sicherheitshalber, parallel zu den Verhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz, in den Nachtragshaushaltsplan hinzufügen.

Die FW-Fraktion bittet die Verwaltung den Fraktionen das Schreiben der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Langner sichert dies zu.

Oberbürgermeister Langner erklärt, man habe diese Summe in die Nachtragshaushaltssatzung aufgenommen, da der Bescheid der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mit einer Frist verbunden sei. Man habe im Stadtvorstand beraten, dass man einen Widerspruch einlegen werde. Die Möglichkeiten seien jedoch überschaubar.

Die Beschlussvorlage bleibt vorerst ohne Beschlussempfehlung. Dem Stadtrat wird eine geänderte Vorlage mit den enthaltenen Änderungen vorgelegt.